



MEDIEN- INFORMATION

40/2024

Pressestelle Bayerisches Landeskriminalamt

Maillingerstraße 15 | 80636 München

Tel.: 089 / 12 12 – 10 80 | Fax: 089 / 18 18 21

E-Mail: blka.presse@polizei.bayern.de | Internet: www.lka-bayern.de

Gemeinsam gegen Geldautomatensprenger

Weiteres gemeinsames konsequentes Vorgehen der Banken, der Staatsanwaltschaft und des Bayerischen Landeskriminalamtes gegen kriminelle Geldautomatensprenger

München - Nach wie vor sind professionell agierende Tätergruppierungen auch in Bayern unterwegs und sprengen rücksichtslos Geldautomaten. Dass dabei die Menge des verwendeten Sprengstoffes zum Teil völlig maßlos eingesetzt wird, dadurch Menschenleben gefährdet werden und es lediglich dem Zufall überlassen ist, dass Menschen nicht verletzt oder gar getötet werden, interessiert die Tätergruppierungen, die zumeist aus den Niederlanden nach Bayern einreisen, nicht.

Aus diesem Grund lud der Präsident des Bayerischen Landeskriminalamtes (BLKA), Herr Norbert Radmacher, am 27. September 2024, bereits zum dritten Mal, Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Bankenverbands, der Deutschen Bundesbank, des Genossenschaftsverbands Bayern, des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft sowie der Staatsanwaltschaft Bamberg zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde in das Bayerische Landeskriminalamt ein. Ziel war es, die weiteren Maßnahmen bzw. gemeinsame Strategien und Vorgehensweisen, welche in vergangenen Gesprächen bereits vereinbart wurden, auf einen Prüfstand zu stellen und weitere Möglichkeiten bzw. Optimierungen zu erarbeiten, welche möglicherweise zur nachhaltigen Eindämmung des Phänomens beitragen können.

Man war sich einig: Die bislang eingeschlagene gemeinsame Richtung stimmt! Es wurde bereits einiges erreicht, die Geldautomaten werden sukzessive durch massivere bzw. technisch überarbeitete Modelle ersetzt. Darüber hinaus finden immer mehr technische Maßnahmen, wie beispielsweise Einfärbetechnik, welche das Bargeld im Falle einer Explosion unbrauchbar macht, Anwendung. Weitere mögliche Handlungsoptionen, wie beispielsweise die Installation moderner, qualitativ hochwertiger Videosicherheitssysteme oder der Einsatz von mechanischen Barrieren, wurden gemeinsam erörtert.

Ein weiterer Ansatz gegen das rücksichtslose Vorgehen dieser Banden, welche zumeist aus den Niederlanden zur Tatbegehung bis nach Bayern vorstoßen, sind präventive Risikoanalysen und diesbezügliche Beratungsgespräche mit den Banken, verbunden mit gezielten Empfehlungen und Umsetzungsmaßnahmen. Das gemeinsame Netzwerk zwischen den Banken und der Polizei wird bereits gelebt. Die Erweiterung und Intensivierung des Netzwerks sind jedoch zwingend nötig.

Aber auch die bewährt konsequente und beweissichere Strafverfolgung muss weiterhin ein wichtiger Baustein in der Bekämpfung dieses Phänomens sein. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz in Bayern ist eng und erfolgreich, wie es zum Beispiel die Staatsanwaltschaft Bamberg und das BLKA in großen Verfahren gegen Geldautomatensprenger beweisen.

LKA-Präsident Herr Norbert Radmacher dazu:

„Um dem Phänomen als Ganzes entgegen wirken zu können, muss zwingend auch der präventive Ansatz erfolgen. Die Erkenntnisse aus den Ermittlungen fließen im Bayer. Landeskriminalamt dem für Präventionsmaßnahmen zuständigen Organisationsbereich zu. Dort wurden in den letzten Jahren umfangreiche Risikoanalysen durchgeführt, um diese den Banken zur Durchführung eigener Ertüchtigungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Wir haben festgestellt, Prävention wirkt!

Weiterhin vertreten wir in Bayern die Haltung: Die Sprengung eines Geldausgabeautomaten darf sich nicht lohnen!“

In dieser Gesprächsrunde wurde auch die aktuelle Lage in Bayern durch Vertreterinnen und Vertreter des BLKA vorgestellt. Wenngleich Bayern im bundesweiten Vergleich der Jahre 2022 und 2023 eine Reduzierung der Sprengungen (**2022: 37 / 2023: 21**) verzeichnen konnte, ist **mit Stichtag 27.09.2024 und 18** Geldautomatensprengungen (davon ein Versuch) in Bayern für das Jahr 2024, aktuell von keiner konkreten Entspannung dieser gefährlichen und nach wie vor bundesweit aktuellen Phänomenlage auszugehen.

München, 27. September 2024